

Volks-Zeitung

Beseitigung des neuen Konflikts in O/S.?

Angebliche Annahme der Bedingungen der J. A. R. durch Korantsh. — Nachgeben Doersers?

Paris, 17. Juni. (E. U.) Aus Oberösterreich berichten hierher Nachrichtenbüros, daß General Doerser sich der interalliierten Kommission zu unterwerfen scheint. Andererseits hat Korantsh, der Präsident der interalliierten Kommission, das Einhalten der Feindfeindlichkeit angeordnet. Der französische Botschafter in Berlin hat gestern erneut mit dem deutschen Außenminister Dr. Rosen über diese Feindfeindlichkeit konferiert.

Oppein, 16. Juni.

Folgende aus Rotterdam vom 12. Juni datierte Protestnote ist heute hierher gelangt.

Rotterdam, 12. Juni.

Die interalliierte Kommission, zu Händen des Präsidenten Dr. Rosen, General Doerser und Sir Harold Stuart. In unserem Telegramm vom 9. Juni 1921 haben wir der interalliierten Kommission die Tatsache von der politischen Zwangsmaßnahme mitgeteilt. Wir stellen fest, daß der Oberösterreichische Doerser in Nr. 64 vom 11. Juni unter der Überschrift „Eine oberösterreichische Mitteilung“ die Verurteilung der Anturgenentscheidung über diese Zwangsmaßnahmen veröffentlicht hat. Die interalliierte Kommission in Brüssel hat es für zulässig gehalten, eine derartige Veröffentlichung zu gestatten, die sich gegen die Autorität der interalliierten

Kommission richtet. Ferner hat die Forderung einer Steuer durch Korantsh in Nr. 65 des „Oberösterreichischen Beobachters“ vom 12. Juni zugelassen. Der „Oberösterreichische Beobachter“ ist das offizielle in deutscher Sprache erscheinende Organ Korantshs, das er an Stelle der verbotenen „Oberösterreichischen Organzeitung“ in Brüssel drucken und ausgeben läßt. Solange die interalliierte Kommission in Brüssel derartige zur Förderung des Handels bestimmte Bestimmungen und Beschlüssen der Kommission auszusprechen läßt, so lange können und werden wir nicht an den Ernst der Forderung der interalliierten Kommission glauben. Wir fordern sofortige Hilfe. Die deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberösterreichs.

Die vorfrüherigen Insurgenten.

London, 17. Juni. (E. U.)

Neuer Bericht. Die letzten Berichte über Oberösterreich zeigen keine Verbesserung der Lage. Es sind keine Angelegenheiten vorhanden, die die Wogen der Verurteilung, sich juristisch zu ziehen, einhalten. Korantsh scheint seine Seite nicht mehr im Saume halten zu können. Einige alliierte Behörden sind aufgehoben worden. Hierdurch ist wahrscheinlich der Berliner Bericht entstanden, daß die Entente-Kommission sich zurückziehen wird.

Deutschland am Rubel seien, müßten in ihrer Politik der Rüstung und des Ententekommens gegenüber Frankreich unterdrückt werden.

Frankreich und Polen.

Das bisher noch nicht ratifizierte Abkommen. — Stimmungswandel in Warschau?

London, 16. Juni.

Der Berichterstatter des „Manchester Guardian“ in Oberösterreich meldet, daß zwischen Frankreich und Polen ein bisher noch nicht ratifizierter Vertrag besteht, in dem Frankreich Polen seine Unterstützung in Oberösterreich zusagt. Polen verpflichtete sich dafür ein großes Heer von 600000 Mann zu stellen, in dessen Generalkommando französische Offiziere stehen. Bei einem künftigen Krieg Polens, der kein Angriffskrieg sei, würde Frankreich Polen seine aktive militärische Unterstützung geben. Russland sei von dieser Unterstützung ausgeschlossen, und es einige Krieg, der ernstlich in Betracht käme, sei ein Krieg gegen Deutschland. Die Vertragsunterzeichnung zwischen Frankreich und Polen überlassen. Die Berichterstatter des Blattes weiter, daß in Polen der Widerstand gegen diesen Vertrag, es scheint eine starke Bewegung zugunsten eines besseren Einverständnisses mit Deutschland auf rein wirtschaftlicher Grundlage zu bestehen.

Die Aulodkente amnestiert!

So geschähen im dritten Jahre der Republik.

Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ hat das Reichsgericht die Aulodkente, die im März d. J. von der Reichsregierung wegen gefährlicher Körperverletzung zu Freiheitsstrafen von 2½ bis 4 Jahren verurteilt worden waren, amnestiert. Und das ist geschähen, obwohl dem Strafurteil in diesem Fall besonders schwere Körperverletzungen der Betroffenen zu Grunde lagen. Wer die Aulodkente sind und was sie taten, darüber brauchen wir nichts mehr zu sagen. Die Strafkammer hatte freierzeit die Anwendung der Amnestie ausdrücklich abgelehnt. Das Reichsgericht aber hat den Revisionsergründen stattgegeben und das Verfahren auf Grund der Amnestie vom 4. August 1920 eingestellt. In seiner Urteilsbegründung geht es davon aus, daß die Aulodkente in Zusammenhang mit ihrer Abwechsele feindlicher Betätigungen gegen die Rapp-Regierung die Gefangenen festgenommen, also in Zusammenhang mit einem hochverräterischen Unternehmen ihre Taten verübt und die Mißhandlungen als Vergeltung und zur Abschreckung gegen politische Gegner begangen habe. Hierzu bemerkt das Frankfurter demokratische Blatt:

Dies ist ein schematisch-formalistische Entscheidung mit jedes gesunde Rechtsempfinden verlegen und ist nicht weniger als der Ausfluß einer Rechtsmühseligkeit. Das Frankfurter Urteil hätte ganz mit Recht betont, daß die Anwendung der Amnestie einem unmittelbaren Zusammenhang des Verbrechens mit dem Rapp-Buch notwendig. Diesen unmittelbaren Zusammenhang hat aber auch das Reichsgericht trotz aller Rechtsmühseligkeiten nicht bartun können. Denn es ist ein Unfug, die Mißhandlungen als politische Akte der Vergeltung und Abschreckung anzusehen. Es waren nichtpolitische Akte, für die man den gesetzlichen Straftatbeständen folgt und nicht anders als Beweggrund in Betracht gekommen sind. Es dient gar nicht dem Ansehen des Rechts, wenn es durch unbillige Amnestieung zur Schärfe in verabschiedungswürdigen Handlungen wird.

Der Fall spricht für sich selbst. Wie versprechen, daß wir uns den jetzt ab über nichts mehr wundern werden!

Festigung der Koalition.

Das Auseinanderstürzen im Reichstag.

Die Vorgänge bei den Abstimmungen über die neue Reichsgetreideordnung gestern im Reichstage haben ein Auseinanderstürzen der Regierungsparteien gezeigt, das recht unerfreulich ammutet. Aber es wäre falsch, diesem Vorgange eine übertriebene Bedeutung beizumessen. Es ist bekannt, daß die Sozialdemokratie von Anfang an dem Abbau der Zwangsmaßnahme widerstrebt, wie er von der Regierung beabsichtigt und durchgeführt wurde. Die Sozialdemokratie glaubt, daß die freie Wirtschaft zu großen Preissteigerungen führen wird, und wenn diese Preissteigerungen sich auf hinsichtlich der anderen Artikel als unbegründet herausgestellt haben, so sind sie beim Brotgetreide doch nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Das neue Umlageverfahren, das nur zweieinhalb Millionen Tonnen Brotgetreide erlassen will, ist im wesentlichen die freie Wirtschaft, oder doch ein gewaltiger Schritt zu ihr hin. Das Gesetz hätte eigentlich in den Rahmen der Politik des Kabinetts gehören, und darum konnte man es verstehen, daß beim letzten Schritt auf diesem Gebiete die Sozialdemokratie nicht ihre grundsätzliche Haltung verändern wollte.

Es ist notwendig, diese Feststellungen zu machen, und die festgestellten Vorgänge auf ihr richtiges Maß zurückzuführen, weil von den Gegnern der gegenwärtigen Koalition falsche Rückschlüsse auf deren Festigkeit gezogen werden. Man darf den Anlaß nicht vorübergehen lassen, die Regierungsparteien dringend zu mahnen, solche Extraktionen in Zukunft zu vermeiden. Es muß namentlich in den Fragen der Konsumgesetzgebung durch vorhergehende Verhandlungen, durch bestimmte, feste Vereinbarungen im Kabinett und durch mögliche Klärung im interfraktionellen Ausschuss eine einheitliche und reibungslose Zusammenarbeit verurteilt werden. Dabei ist es selbstverständlich, daß für jede einzelne Vorlage das ernste Bemühen der Regierungsparteien auf die Erreichung einer möglichst großen Mehrheit gerichtet sein muß. Es muß versucht werden, die sachliche Entscheidung des Erfüllungsgesetzes auch durch die politische Mitwirkung der beiden Nachbarparteien, Deutsche Volkspartei und Unabhängiger Sozialdemokratie, zu erreichen. Dabei es natürlich denkbar ist, daß bei der einen Vorlage nur die eine der beiden Nachbarparteien mitstimmt und bei einer anderen die andere. Der Ideezustand ist natürlich der, sie beide bei der Stange zu halten.

Soll diese Politik Erfolg haben und will man bei sachlicher Arbeit eine (unter allen Umständen unerwünschte) Reichstagsauflösung vermeiden, so ist allerdings die innere Festigung der bestehenden Koalition die Voraussetzung. Dazu gehört aber auch, daß man sich in Preußen nicht länger die Augen vor der Tatsache verschließt, daß die Reichskoalition wesentlich gestützt und gestärkt wird, wenn man die preussische Regierung der des Reiches in ihrer parteiunabhängigen Zusammensetzung angleicht. Herr Siegelward hat offen ausgesprochen, daß er in Preußen eine große Koalition, d. h. eine Verbindung von der Mehrheitssozialisten bis zur Deutschen Volkspartei anstrebt. Seine Argumentation hat gegen die beiden Nachbarparteien und den agrarischen Flügel der preussischen Zentrumstraktion seine erfolgreiche Steuerpolitik zu machen ist, zeigt von einer bedenklichen Verkümmung der Sachlage. Jene Kreise werden auch unter einer nach rechts erweiterten Koalition sich von rein materiellen Interessen leiten lassen. Ihre Absicht ist nur zu brechen, wenn man entschlossen ist, jede Hilfe anzunehmen, gleichviel, woher sie kommt.

Gerade die Entwicklung beweist, daß es den industriellen Kreisen nicht gleichgültig ist, wie die Steuern ausfallen werden. Die Deutsche Volkspartei heißt sich darum in diesem Hinsicht, die Parteimitgliedschaft ihrer Mitarbeit zu erkranken, findet diese Mitarbeit in einer Form statt, die den Erfüllungsgesetzprogramm förderlich ist, so wird sich von jeder der Tag ergeben, an dem man die Partei schon aus Zweckmäßigkeitsgründen in die Regierung hineinnehmen wird. Aber diese Entwicklung wird um so eher einsetzen, je fester und reibungsloser die letzte Koalition zusammenarbeitet. Der Festigung dient es, wenn man in Preußen die Konfusionen nicht. Herr Siegelward beweist daran, daß die Zahl der Männer in der Sozialdemokratie wächst, die für eine Regierung der breiten Mitte, also für die Einbeziehung der Volkspartei ist. Aber er weiß als alter Praktiker, daß er den Einfluss dieser Männer innerhalb ihrer Partei nicht stark, wenn er ihren Gegnern in der Partei durch eine Politik des Trostes zu überwaht verhilft. Die große Koalition ist das Ziel, aber es ist nur in Clappen zu erreichen.

Der neue Pressesch.

Die W. Z. B. hat, beschäftigt die Reichsregierung dem Reichspräsidenten die Erneuerung des früheren Schlichtens des Deutschen Allgemeinen Zeitung, D. S. K. H. K., zum Pressegesetz vorzuschlagen.

Karl der Großmütige. I. U. meldet aus Wien: Graf Apponyi betraute den Grafen Karl in der Schweiz. Der Grafen verließ ihn den Orden vom Goldenen Vlies. Apponyi nahm den Orden an, da dieser in erster Linie ein Ehrenorden der Schweizer Bürger ist.

Das schwarze Meer ohne Nachbarn. W. Z. B. meldet aus Konstantinopel: Infolge der Besetzung türkischer Häfen durch griechische Kriegsschiffe hat die Regierung den Befehl zur Entlassung der Besatzung auf der ganzen Küste des schwarzen Meeres mit Ausnahme des Hellespont erteilt.

Eine irische Nordpolitik. Greenwood teilte im englischen Unterhaus mit, daß seit Juli 1920 in Irland von Irland insgesamt 568 Personen ermordet worden sind.

Die Pariser Orientkonferenz.

Auch Oberösterreichs Verhandlungsbema?

Paris, 17. Juni. (W. Z. B.)

Lord Curzon ist in Paris angekommen, wo er mit Briand verhandelt. Der italienische Botschafter, Graf Bonin Bongate, ist aufgebrochen, um in diesen Verhandlungen teilzunehmen. Die Orientfragen zum Gegenstand haben werden. Amnestie, der Kabinettssekretär des britischen Ministers, war zu diesem Zweck bereits vorher eingetroffen, um mit der hiesigen Regierung Fühlung zu nehmen.

Die der „Welt“ Paris“ mitteilt, wird während der Anwesenheit Lord Curzons über die Lage in Kleinasien berichtet werden, vor allen Dingen über die Verhandlungen der französischen Regierung mit den Vertretern der Nationalisten von Angora, Herr Sami Bey und Halil Cökin Bey, den Vorsitzenden der Kommission für ausländische Angelegenheiten in der Nationalversammlung von Angora. Man spricht in London zu bescheiden, daß die neuen Delegierten von Angora sich bemühen wollen, Frankreich und Italien von England im Orient zu trennen. Der „Welt“ Paris“ fügt hinzu, weder Frankreich noch auch Italien sollten daran, England in Kleinasien zu verlassen. Jedoch könne ein Abkommen zwischen den drei Mächten entstehen, das den griechisch-türkischen Konflikt zu lösen, beizubehalten durch Verzicht auf seine Neutralität im dem Gebiet der Meerengen.

Das offizielle Blatt erklärt, es werde ebenfalls auf die oberösterreichische Frage besprochen werden. Seit zwei bis drei Wochen scheint die englische Regierung in dieser Frage nicht mehr unzugänglich zu sein. Das Blatt hofft deshalb, daß eine Verhandlungsbasis entsprechend dem Kompromißvorschlages des Herrn Siegelward gefunden werden könne. „Welt“ Paris“ meint, die nächstgrößte Unterhaltung über diese Frage könne die Sitzung des Orientrates notwendig erklären und die von Frankreich vorgeschlagenen Beratungen von Sachverständigen erfolgen. Dem „Londoner Daily Telegraph“ zufolge wird aus Smyrna berichtet, daß die neue griechische Offensivheer gegen die Kommunisten um einige Wochen verschoben worden sei.

Die Frage der englischen Intervention.

London, 16. Juni.

Im Unterhaus erklärte Chamberlain, die britische Regierung habe den Wunsch, daß der Friede zwischen Griechenland und der Türkei, bald hergestellt werden möge. Gleichwohl sei jede militärische Intervention zu vermeiden. Auf die Frage, ob die Regierung für den Fall, daß eine britische Regierung zwischen den beiden Staaten nicht erreicht werde, verzichten könne, das England von einem militärischen Eingreifen zugunsten der einen oder der anderen Partei Abstand nehmen werde, erklärte Chamberlain, seine Regierung könne bezüglich einer solchen Hypothese sich für die Zukunft festlegen.

Paris, 17. Juni. (W. Z. B.)

Die des „Echo de Paris“ mitteilt, hat die englische Regierung den Verteidiger von Kurt El Marra, General amnestiert, dazu bestimmt, sich sofort nach Angora zu begeben. Das Blatt glaubt berichten zu können, daß Chamberlain der französischen Rüstung in Orientangelegenheiten zugunsten ist.

Abbau der französischen Sanktionsarmee.

Paris, 16. Juni. (W. Z. B.)

Zur Baue des heutigen Tages sind mehrere Soldaten der Sanktionsarmee 1919 in Paris angekommen. Sie werden in den nächsten Tagen demobilisiert und nach Hause geschickt werden.

Paris, 17. Juni. (W. Z. B.)

Die „Welt“ Paris“ schreibt über die Frage der Aufhebung der gegen Deutschland getroffenen Zwangsmaßnahmen, wenn die Entlassung der oberösterreichischen Soldaten und die Bildung der oberösterreichischen Regierung vollendete Aufgabe seien. Dann könne man die gegen die Sanktionen nicht mehr aufrechterhalten. Das ist die Frage der Solidarität und des politischen Interesses. Die Sanktionsarmee, die augenblicklich in